



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Politische Weihnachtsbilder aus Sachsen. I. : (Beschluß.)

1850

Politische Weihnachtsgilder aus Sachsen.

I.

(Beschluss.)

Welche Politik hat nun die andere Seite der Kammern, die Rechte, bisher eingeschlagen? Man kann wohl behaupten, daß von dieser der größte Theil mit der festen Absicht und in der bestimmten Erwartung nach Dresden kam: die Aufgabe der conservativen Partei werde darin bestehen, die Principien staatlicher Ordnung und einer starken Regierung gegen die muthwilligen Angriffe der Linken zu vertheidigen und Hand in Hand mit dem Ministerium durch große organisatorische Maßregeln in der Gesetzgebung und Verwaltung die Gemüther des Volkes zu beruhigen, den anarchischen Wühlereien ihren Hauptstoff zu entziehen und die wahren Grundsätze einer zugleich erhaltenden und fortschreitenden Politik in's Leben zu führen. Zu ihrer großen Ueberraschung, ja man kann sagen Bestürzung, fand nun aber diese Partei die parlamentarische Position, in die sie eintreten sollte, ganz anders gewendet, als sie erwartet hatte. Statt an dem Ministerium eine starke Bundesgenossenschaft und kräftige Unterstützung bei der Durchführung ihrer conservativ-liberalen Grundsätze zu haben, sah sie dasselbe fast nach allen Seiten hin eine Bahn einschlagen, auf welcher sie ihm nicht folgen konnte, ohne mit ihren tiefsten Ueberzeugungen und was die schon länger in der Deffentlichkeit sich bewegenden Mitglieder der Partei betraf, mit ihrer politischen Vergangenheit zu brechen, ohne ihren ganzen Halt in der öffentlichen Meinung einzubüßen und damit nicht bloß sich selbst, sondern auch das Princip, als dessen Ausdruck sie galt, völlig zu ruiniren. Schon die Thronrede rief in dieser, der Ordnung und einer starken Regierungsgewalt aufrichtig ergebenen Partei lebhafteste Besorgnisse und schmerzliche Empfindungen hervor. Da waren viele Worte der Strenge und der gerechten Entrüstung (welche von dieser Seite vollkommen getheilt ward) gegen die hochverrätherischen, anarchischen Pläne der Umsturzpartei, — aber daneben kein Wort der Milde und Veröhnlichkeit (wie man doch gehofft hatte) für Die, welche nur verführt oder aus einer leicht erklärbaren Verwirrung der Begriffe als Werkzeuge zur Durchführung jener Pläne gedient hatten. Von einer Wiederaufhebung der militärischen Ausnahmsmaßregeln, von einer Rückkehr zur Handhabung der Gesetze mit den gewöhnlichen Mitteln war eben so wenig die Rede. Der Erwähnung der deutschen Frage war der am Wenigsten auf Nachgiebigkeit hindeutende Ausdruck gegeben. Kurz, die königliche Rede machte den Eindruck, als ob die Regierung ihre Stärke mehr in sich selbst und nöthigenfalls in der Kampfbereitsheit eines auf Grenzboten. I. 1850.

die höchste Ziffer gebrachten Heeres, als in der moralischen Unterstützung der Kammern und der öffentlichen Stimme des Landes suche und zu finden hoffe. Dieser Eindruck war namentlich bei den Mitgliedern der rechten Seite augenscheinlich der überwiegende. Man sah hier fast nur bestürzte Mienen, hörte nur Ausdrücke des Bedauerns und der getäuschten Hoffnung, dazwischen auch wohl die unverholten ausgesprochene Ueberzeugung, daß mit dieser Regierung selbst eine in ihrer Mehrheit conservative Versammlung nicht lange sich vertragen werde, daß ein Bruch unvermeidlich sei. Die Linke schien sich an dieser Bestürzung der Rechten zu weiden; sie wußte wohl, daß, wenn die Regierung zu weit nach rechts gehe, die Rechte nothwendig mehr nach links gedrängt werde. Gerüchte von einer nahe bevorstehenden abermaligen Kammerauflösung flogen durch die Reihen der Abgeordneten und durch die Kreise der Residenz und fanden willigen Glauben. In solchen Momenten hängt die politische Divination sich vielleicht zu voreilig auch an Neußerlichkeiten, und so wollte man in dem Wiedererscheinen der ministeriellen Uniformen bei der feierlichen Kammereröffnung (die Ministerien Braun und Feld hatten niemals die Hofuniform, sondern stets den bürgerlichen Frack getragen), vollends in der neuerfundenen Ausschmückung derselben mit dicken Generalsepaulettes, ein Anzeichen der veränderten, sich vom Zusammenhang mit dem Bürgerthume wieder ab- und dem höfischen und soldatischen Elemente zuwendenden Stimmung der Regierung erblicken. Die weiteren Vorgänge dienten mehr zur Verstärkung, als zur Milderung dieser Eindrücke. Von den größeren Organisationsarbeiten, welche die Propositionsschrift in Aussicht stellte, war keine zur Vorlage an die Kammern fertig, das einzige Berggesetz ausgenommen. Selbst die Vorlagen in der deutschen Frage, deren Mittheilung an die Kammern doch, wie die Leipziger Zeitung berichtet hatte, das Ministerium längst „mit Sehnsucht“ herbeiwünschte, blieben aus, blieben auch dann noch aus, nachdem Herr v. Carlowitz das Ministerium deshalb interpellirt und Letzteres deren Erscheinen „im Laufe der nächsten Woche“ zugesagt hatte. Sie sind, so viel mir bekannt, noch bis heute nicht an die Kammern gelangt. Dahingegen kamen alsbald umfangliche Vorlagen zu Geldbewilligungen, zu Steuererhöhungen aller Art, es kam auch der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes. Bewilligungen, das wußte man wohl, waren nothwendig, auch Mehrbewilligungen wegen der außerordentlichen Verhältnisse; allein immerhin war es schlimm, daß das Volk von der Thätigkeit seiner Vertreter in der nächsten Zeit und vielleicht auf lange hin beinahe nichts Anderes zu sehen bekommen sollte, als Anweisungen auf seinen Geldbeutel, daß das Ministerium sich die Mittel seiner Fortexistenz so rasch sichern zu wollen schien, um — so argumentirte der Argwohn — nöthigenfalls der Kammern bald wieder entrathen zu können. Wozu ferner diese Eile beim Wahlgesetze? Wäre es nicht natürlicher gewesen, diese Arbeit zur letzten des Landtages zu machen, sie wenigstens bis dahin zu verschieben, wo die allgemeineren Reformen, mit denen der neue Entwurf

in vielfacher und enger Wechselwirkung stand, den Kammern zur Prüfung vorzulegen?

Eben so wenig befriedigte der Inhalt dieses Wahlgesetzes selber die conservative Partei. Ein Zurückgehen von dem schrankenlosen allgemeinen Wahlrecht hatten die Meisten erwartet, auch wohl gewünscht; ein höheres Alter der Stimmfähigkeit für alle Wahlen, ein mäßiger Censur für die zur ersten Kammer, und bei der zweiten Kammer eine Zurückführung des activen Wahlrechtes auf das Gemeindebürgerrecht -- damit wäre gewiß die ganze Rechte einverstanden gewesen, dafür konnten selbst Die stimmen, welche bei dem provisorischen Wahlgesetze, von dessen „breitester Grundlage“ man dadurch allerdings einen Schritt zurückging, als Mitglieder der damaligen Kammern, wie des damaligen Cabinets näher betheiligt waren. Sind doch alle Wahlgesetze, die nicht principiell auf einer aristokratischen Grundlage ruhen, eigentlich bloße Experimente, deren Vorzüge oder Nachteile nur die Erfahrung herausstellen kann, und hat doch die Erfahrung dieser letzten zwei Jahre laut genug gegen das ganz unbeschränkte Stimmrecht gesprochen; wie sollten nicht auch jene Männer, als umsichtige Politiker, denen das wahre Wohl des Vaterlandes höher steht, als eine flüchtige Popularität, dieser Stimme der Erfahrung Gehör schenken? Gerüchte, zum Theil auf angebliche vertrauliche Mittheilungen „aus bester Quelle“ gestützt, hatten zum Voraus das neue Wahlgesetz als innerhalb der soeben bezeichneten Schranken sich bewegend angekündigt, und allgemein freute man sich, daß die conservative Partei in dieser wichtigen Frage unbedenklich mit der Regierung werde gehen können. Welche unerquickliche Ueberraschung war es daher, als das wirkliche Erscheinen des Gesetzentwurfs jene Hoffnung gründlich zerstörte und wesentliche Differenzen zwischen den politischen Grundsätzen der Mehrheit dieser Partei und der Regierungsvorlage hervortreten ließ. Kaum zwei, drei Mitglieder der äußersten Rechten in beiden Kammern waren damit zufrieden, daß für die erste Kammer 25 Thaler directer Steuer als activer und passiver Wahlcensur aufgestellt, daß für die Wahlen zur Volkskammer das indirecte Wahlverfahren statt des nun schon zweimal in Anwendung gebrachten directen wieder eingeführt werden sollte.

Unter solchen Eindrücken begannen die wirklichen Beratungen der Kammern. Zwei brennende Fragen traten sogleich in den Vordergrund: die Amnestie und der Belagerungszustand. Die Rechte erblickte in einer Amnestie — nicht für alle, aber doch für einen großen Theil der in die Mainuntersuchungen Verflochtenen — eine politische und sittliche Nothwendigkeit, ein Gebot nicht der Humanität allein, sondern auch der höhern Gerechtigkeit; sie hielt es daher für ihre Pflicht und gerade ihrer Stellung als conservative Partei für angemessen, diese Maßregel selbst zu beantragen, sie von ihrem Standpunkte aus und in ihrem Sinne zu beantragen, nicht der Linken die Initiative eines solchen Antrags und die Bestimmung seiner Grenzen zu überlassen. So ward denn der Antrag auf eine

Amnestie „in möglichst ausgedehntem Maße,“ jedoch nur „so weit die nothwendige Aufrechthaltung der Gesetze es zulasse,“ in beiden Kammern von Mitgliedern der Rechten eingebracht.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes ward von der Linken zuerst in der zweiten Kammer angeregt. Die Rechte in ihrer großen Mehrheit war auch diesem Antrage geneigt, jedoch entschlossen, stichhaltigen Gründen dagegen, wenn solche von der Regierung vorgebracht würden, ihre Ansichten und Wünsche unterzuordnen. Als daher der Antrag eingebracht ward, verlangte sie die Vorberathung desselben durch einen Ausschuß. Am Ministertische war Niemand zugegen, um die Ansichten der Regierung über diese Vorfrage kundzugeben; man mußte annehmen, die Regierung habe nichts gegen die dringliche Behandlung des Antrages, wenn man nicht voraussetzen sollte: das Ministerium halte es nicht der Mühe werth, in der Kammer zu erscheinen und seinen Standpunkt zu vertreten. Später ist man der wahrscheinlichen Ursache dieser auffallenden Nachlässigkeit auf die Spur gekommen. Ein Mitglied der Rechten, dessen intime Beziehungen zu Personen des Ministeriums je länger je mehr an's Licht traten, hatte allem Vermuthen nach damals diesen hinterbracht, wie die Rechte in ihren Clubberathungen sich dahin geeinigt habe, die Dringlichkeit des Antrags abzulehnen. Darauf hin mochte man die Sache für abgethan und die Theilnahme der Regierung nicht für nöthig erachtet haben. Indes hatte man sich diesmal verrechnet. Einige Mitglieder der Rechten (darunter Präsident Cuno) ließen sich durch die Gründe der Gegner, vielleicht auch durch eben jenes Schweigen des Ministeriums verleiten, von ihrer Partei abzufallen und für die Berathung des Antrags ohne Verweisung an einen Ausschuß zu stimmen.

Bei dieser Berathung selbst war es nun ein eigenthümliches Schauspiel, zu sehen, wie die meisten und schärfsten der Redner, welche gegen das Ministerium auftraten, der rechten Seite angehörten. Selbst die Dresdner Zeitung bekannte, daß die „vollste Ladung“ nicht von der Linken, sondern von der Rechten gekommen sei. Ein einziger Redner von dieser Seite, Harfort, nahm sich der Regierung an, und nur sieben Stimmen unter 55 erklärten sich bei der Abstimmung gegen den Antrag. Darunter waren drei Staatsdiener und ein Kammerherr.

Gar zu trostlos war es aber auch, wie das Ministerium seine Politik der Ausnahmemaßregeln verteidigte. Selbst der durch und durch loyale und conservative Hähnel von Radeburg, welcher gern den früheren Fehler des Ministeriums gut gemacht und die Sache noch jetzt auf den Deputationsweg gebracht hätte, mußte von diesem wohlmeinenden Vorhaben absteigen, weil vom Ministertische aus wirklich auch so gar nichts vorgebracht wurde, was eine Aufschiebung des Beschlusses und eine Zurückgabe der Angelegenheit an eine Deputation rechtfertigen konnte, und Wiedermann sagte: „er bedaure jetzt weniger als zuvor, daß der Antrag nicht an einen Ausschuß verwiesen worden sei, denn wenn die Regierung

keine andern Gründe habe, als die hier vorgebrachten, so hätte es wahrlich einer Prüfung derselben durch einen Ausschuss nicht bedurft.“ Allgemein war unter den Abgeordneten, wie im Publikum der Eindruck, daß die moralische Niederlage des Ministeriums bei der Verhandlung noch weit zweifelloser sei, als die numerische bei der Abstimmung. Höchstens den Beweis konnte man für thatsächlich geführt ansehen, daß ein Ministerium, dem so wenig geistige Waffen zu Gebote stehen, allerdings guten Grund habe, sich mit desto mehr physischen zu umgeben.

Das Ministerium mochte wohl fühlen, welch' klägliche Rolle es bei diesen Verhandlungen gespielt habe. Es nahm sich vor, sein Ansehen vor der Kammer und dem Publikum wieder herzustellen, der Kammer zu imponiren, zu zeigen, daß man sich vor ihr nicht fürchte, o nein! daß man stark, sehr stark sei, Muth, sehr viel Muth habe. Man machte es wie gewisse politische Klopffechter, die um so lauter schreien, je weniger sie stichhaltige Gründe haben, weil sie meinen, damit den Gegner so zu betäuben, daß er die Schwäche ihrer Gründe nicht merke. Ganz diesen Eindruck machte die Rede des Ministerpräsidenten Zschinsky bei den Verhandlungen der zweiten Kammer über die Amnestie. Die Antwort, welche die Kammer darauf durch Schweigen gab, war bedeutungsvoll und schlagender, als es die stärkste Widerlegung hätte sein können. Schon vorher hatte die Rechte sich in dem Wunsche geeinigt, die Amnestiefrage wo möglich ohne Debatte zu erledigen.

Es ließ sich nicht wohl über die Matereignisse sprechen, ohne der Regierung und besonders einzelnen Ministern manchen schweren Vorwurf zu machen. Man wollte nicht gern noch einmal diese schmutzige Wäsche waschen, nachdem dies bereits in der ersten Kammer hinlänglich geschehen war. Man fand es angemessen, daß, wie der Antrag selbst, so auch die Behandlung desselben von dem Grundsatze ausgehe: „Vergebet, damit Euch vergeben werde!“ Das war aber kaum anders möglich, als wenn man jede öffentliche Erörterung der unseligen Vorgänge des Mai gänzlich vermied. Die Linke hatte ebenfalls Gründe, eine tiefer eingehende Debatte über diesen delikaten Punkt nicht zu wünschen. Nun forderte der Ministerpräsident selbst eine solche und zwar in ihrer ganzen Schärfe, durch seinen Selbstpanegyricus heraus. Zu verwundern war wirklich, daß die Linke dennoch ihre Zurückhaltung bewahrte. Einer ihrer Führer, Müller von Niederlößnitz, hatte die Gewandtheit, mit zutreffender Wendung die Verzichtleistung der Kammer auf jede Widerlegung der ministeriellen Kraftrede zu rechtfertigen: „Es sei nicht zu vermeiden,“ sagte er, „daß nach dieser Rede die Debatte, die doch ihrem Gegenstande und Zwecke nach eine versöhnliche sein müßte, eine vergiftete werde. Darum unterbleibe sie besser ganz.“

Die ministerielle Minorität, welche bei der Frage des Belagerungszustandes doch noch 7 Stimmen betragen hatte, war nun schon auf 3 herabgesunken. Selbst die drei Staatsdiener, die damals für das Ministerium stimmten, standen jetzt

auf der Gegenseite. Im Ganzen zählt die zweite Kammer 10 Staatsdiener, außerdem noch ohngefähr eben so viel Kirchen- und Schuldiener, welche ziemlich in der gleichen Abhängigkeit von der Regierung leben. Von allen diesen ging nicht Einer mit dem Ministerium. In der ersten Kammer zählte dasselbe 5 Stimmen, also in beiden Kammern zusammen 8. Aber dennoch ist das Ministerium „stark“ und „wird dies vorkommenden Falls beweisen.“ Ist das wohl deutlich? Das Ministerium ist stark, folglich braucht es nicht zu weichen, auch wenn es die Majorität gegen sich hat: es wird das beweisen, d. h. es wird die Kammern, wenn sie nicht Vernunft annehmen, auflösen. Was Kammern? Was Stimme des Landes? Was parlamentarische Regierung? Dummes Zeug! Wozu hätte es denn 25,000 Mann auf den Beinen, den schützenden Belagerungszustand über seinen Häuptern und für den äußersten Fall — die Destreicher an der Grenze?

So stehen am Schlusse des Jahres 1849 Kammern und Regierung Sachsens einander gegenüber! In den Kammern Rechte und Linke fast zu einer einmüthigen Opposition gegen das Ministerium, verschmolzen durch des Letztern einseitige, jedes höhern Prinzips entehrende Politik; das Ministerium, wie es scheint, zum Aeußersten entschlossen, auf physische Gewaltmittel vertrauend, weil der moralische Halt, die Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung des Landes und ihrem legalen Organ, den Kammern, ihm versagt ist; mit einem nur auf den Widerstand und die Ausflüchtung der morsch gewordenen Zustände im Einzelnen gerichteten Systeme, ohne große, schöpferische Gedanken zeitgemäßer Neugestaltung, von Tag zu Tag sich fristend, durch die *vis inertiae* und wegen der Zukunft getrübt durch den alten Nococospruch *après nous le déluge*. Oder sollten sie wirklich, die Männer des Ministeriums, in der Täuschung befangen leben, das Land sei mit ihnen und stehe auf ihrer Seite gegen die Kammern, weil die Herren Eckert und Häpe in der „Freimüthigen Sachsenzeitung“ und der „Fackel“ auf die letzteren schimpfen, oder weil die Herren Marbach und Schellwitz in der Leipziger Zeitung ihre Allermeltsfedern zum Lob ihrer Herren und Meister stumpf schreiben?

Es ist fast ein Jahr, da trat der sogenannte „Unverstandslandtag,“ traurigen Andenkens zusammen, derselbe begann mit einer systematischen Unterwühlung des Ministeriums und der ganzen Regierungsgewalt, er mißbilligte die Gründe der Regierung noch ehe er sie kannte, er erklärte die Weisheit und die Wissenschaft für einen unnöthigen Luxus und machte sich so gar bald zum Gespött aller Vernünftigen im Lande. Dennoch trat das Ministerium Braun vor diesem Landtage zurück — so sehr achtete es den Grundsatz der parlamentarischen Majoritäten, selbst da, wo derselbe durch die Schuld des andern Theils ein Hohn geworden war. Die gegenwärtige Ständeversammlung steht, nach dem Urtheil aller Unbefangenen, ihrer Zusammensetzung und Haltung nach ebenso hoch über jener letzten, wie das Ministerium Beust unter dem Ministerium Braun — trotz aller Mängel dieses Letztern. Aber das Ministerium Beust weiß nichts, will nichts wissen, von dem

Prinzip der parlamentarischen Regierung, dieser Lebensbedingung jedes wahren Constitutionalismus. Es setzt lieber die Zukunft der Dynastie auf's Spiel und gibt den ohnehin täglich in Volke weiter um sich greifenden Mediatistungsgeanken immer frische Nahrung, als daß es von seiner eigenen Existenz auch nur einen Tag opferte. Es macht alle Anstalt, die einst so nachhaltige Popularität des königlichen Namens allmählig bis auf den letzten Kern aufzuzehren, ohne doch damit der gallopirenden Schwindsucht seiner eigenen Unpopularität aufhelfen zu können. Es gleicht einem schlechten Banqueroutteur, der noch in dem Momente, wo er sich schon insolvent weiß, seine besten Freunde mit in sein Verderben hineinreißt.

Das ist das Ministerium, aus dessen Händen Sachsen die Lösung seiner größten Lebensfrage, der Deutschen, die Begründung seiner künftigen Stellung im deutschen Staatensysteme zu erwarten hat. Trotz alles Zauderns und Hinhaltens der Regierung, steht doch der Tag nahe bevor, wo über diese Frage der parlamentarische Kampf zwischen ihr und den Kammern beginnen wird. Die Stellung der Feldlager in diesem Kampfe zu bezeichnen und Sieg oder Niederlage vorauszuzeigen, bleibe einer besondern Betrachtung vorbehalten.

Beiträge zur Geschichte der ungarischen Revolution *).

I.

Meine Herren Redakteure! Unter dem vielen Ungewöhnlichen, welches die Entwicklung und der tragische Ausgang der ungarischen Revolution zu Tage gebracht hat, ist das Verhältniß Görgey's zur Kossuth'schen Regierung einerseits, so wie das zwischen Görgey und den feindlichen Heeren andererseits die wichtigste

*) Der Verfasser, ein Ungar, der sich seit drei Jahren ununterbrochen in Pesth aufhielt, theilt vollkommen die in diesen Blättern bereits ausgesprochene Ansicht, daß nur wenige Männer leben, die eine Geschichte der ungarischen Revolution schreiben können, und setzt noch hinzu, daß selbst diese Wenigen noch nicht jetzt, sondern erst nach Jahren im Stande sein werden, sich selbst ein klares Bild dieses großen Dramas zu entwerfen; denn auch Kossuth, von dem wir vor Allen ein gutes Werk hoffen dürfen, wird noch jetzt über viele Handlungen seiner Gefährten, besonders Görgey's, nicht im Klaren sein. — Alle, die wir in dieser großen Zeit in Ungarn lebten, sollen unsere Erfahrungen und Erlebnisse nicht vorenthalten. Dies sind wir unserem Stück, das uns dem Hakenbeil entzogen, der Geschichte und unserem unglücklichen Vaterlande schuldig. Wir können einzelne Steine zu dem großen Bau einer Geschichte dieser Zeit zusammentragen, aber zum Baumeister sollen wir uns nicht aufwerfen, am wenigsten aber jene, die unser Vaterland nie gesehen haben.

Anm. des Einsenders.